Ortsgespräch

Sozialdemokratische Bürgerinformationen für Wermelskirchen | 12/2023

Die Sorge um die Demokratie

Wir müssen den Baum pflegen – alle gemeinsam

Es ist ein Problem unserer Gesellschaft: Immer mehr junge Leute interessieren sich nicht mehr für ein Vereinsleben. Sei es dem überfüllten Alltag geschuldet oder der fehlenden Identifikation mit einem Chor, einem Kegelclub oder einer politischen Organisation.

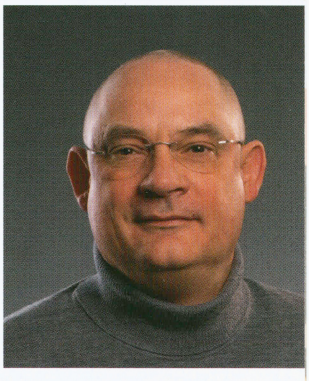
Auch die SPD (so wie andere Parteien) bekommt das zu spüren und das ist beängstigend. Denn wir müssen uns bewusst machen, dass unsere Demokratie in Deutschland aufgebaut ist wie ein Baum. Auch bei diesem sorgen die Wurzeln dafür, dass die oberen Bereiche des Baumes gedeihen und funktionieren.

Das politische System in Deutschland kann ebenfalls ohne Wurzeln, ohne Nahrung von der Basis, also der Bürgerschaft, nicht existieren. Ohne diese fehlt es oben dann an Menschen, die das geschaffene demokratische System am Leben erhalten. Das System wird braun und stirbt ab.

Lassen wir es nicht soweit kommen! Stärken wir unsere Wurzeln und bleiben demokratisch standhaft und wehrhaft gegen Angreifer, die unsere Gesellschaft spalten und das System zu Fall bringen wollen!

Herzlichst,
Ihr Michael Faubel

Vorsitzender der SPD in Wermelskirchen ■



(Abb. 1) Michael Faubel, Ortsvereinsvorsitzender der SPD Wermelskirchen

Eine neue Schule für Wermelskirchen

Der Grundstein für gutes Lernen ist gelegt

Viele haben nicht geglaubt, dass Verwaltung, Politik und Förderer einer Gesamtschule in unserer Stadt es schaffen würden, genügend Eltern von der Schulgründung zu überzeugen. Aber es ist gelungen. Mehr Kinder als für eine Neugründung erforderlich besuchen seit dem neuen Schuljahr die Gesamtschule Wermelskirchen. Eine vierzügige Schule war vom Rat beschlossen und von der Bezirksregierung genehmigt worden. Wegen des großen Zuspruchs wurden nur für das neue Schuljahr 2 weitere Züge genehmigt. Am 24. November feierte die Schule die ersten 100 Tage.

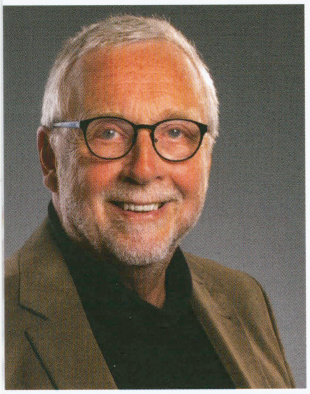
Es ist nicht leicht, eine neue Schule aus der Taufe zu heben. Es ist jedoch ungleich schwieriger, dieser Schule den pädagogischen Geist einzuhauchen, der notwendig ist, damit sie ein guter Lernort für die Schülerinnen und Schüler wird. Für die neue Gesamtschule Wermelskirchen kommt erschwerend hinzu, dass in den kommenden Jahren die baulichen Voraussetzungen für ein gutes Lernen geschaffen werden müssen. Dafür steht das Gelände an der Wirtsmühler Straße zur Verfügung. Und gegenwärtig nur dieses Grundstück, auf dem nach Aussage der Bauverwaltung nicht mehr als eine fünfzügige Schule untergebracht werden kann. Deshalb war es verantwortungsbewusst, der Versuchung zu widerstehen, eine Sechszügigkeit zu beschließen.

Fortsetzung auf Seite 2 ▶

(Abb. 2) Ein buntes, vielfältiges Logo präsentiert die neue Gesamtschule seit 2023.

WERMELSKIRCHEN SPD

spd-wermelskirchen.de



(Abb. 3) Jochen Bilstein, Ausschussvorsitzender Schulausschuss

Die Argumente derer, die sechs Züge fordern, sind allesamt nachvollziehbar, aber derzeit nicht umsetzbar. Ein solcher Beschluss hätte die erforderlichen Baumaßnahmen verzögert und eine Umsetzung hochriskant gemacht.

„Gerade kommunalpolitische Entscheidungen dürfen sich nicht nur an Wünschen und Visionen orientieren, sondern müssen praktisch umsetzbar und finanzierbar sein. Es verbietet sich aus Verantwortungsbewusstsein eine 6-Zügigkeit zu fordern, ohne gleichzeitig zu wissen, wo die zusätzlichen Schülerinnen und Schüler untergebracht werden können," so Jochen Bilstein, Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat der Stadt und Vorsitzender des Schulausschusses.

Mit dem Beschluss einer Fünfzügigkeit hat die Bauverwaltung eine klare Richtschnur für die Umbau- und Erweiterungsplanung. Das bedeutet nicht, dass damit eine 6-Zügigkeit vom Tisch ist! Sollten sich realistische Perspektiven für größere bauliche Erweiterungen ergeben, wird man neu überlegen.

Jetzt aber braucht die neue Schule zuerst einmal ein ruhiges Fahrwasser, um sich im Inneren entwickeln zu können. Eine Fortsetzung des Streits um Zügigkeiten, der eigentlich erst einmal mit dem Ratsbeschluss beigelegt sein sollte, kann der Entwicklung der Schule nur schaden. ■

Stadtjubiläum - das war ein Fest!

Als eine von 76 Gruppen haben wir als SPD-Wermelskirchen am Festumzug zum 150-jährigen Stadtjubiläum teilgenommen.



(Abb. 4) Die SPD-Gruppe beim Umzug zum Stadtjubiläum

Dabei war es nicht von Anfang an klar, ob politische Parteien überhaupt teilnehmen sollten. Schnell sind wir als SPD aber zu dem Entschluss gekommen, dass wir uns die Ehre und das Vergnügen nicht absprechen lassen wollten, zumal die Geschichte der Sozialdemokratie auch in Wermelskirchen bis ins vorletzte Jahrhundert zurückreicht und wir nächstes Jahr immerhin unser 160-jähriges Bestehen feiern können!

Außerdem sind wir der Meinung, dass die politischen Parteien durch ihre Vertreter*innen im Rat einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung unserer Stadt leisten und deshalb ihr Licht keinesfalls unter den Scheffel stellen müssen. Unser Vorsitzender, Michael Faubel, hat sich deshalb bei WiW und bei der Stadtverwaltung für unsere Teilnahme stark gemacht, was dann auch geglückt ist.

Und der Einsatz hat sich gelohnt – es war ein tolles Fest! Als relativ kleine Fußtruppe zwischen vielen anderen konnten wir die fröhliche und friedliche Stimmung bei den Teilnehmenden und Zuschauer*innen deutlich spüren und genießen.

Die bunte Vielfalt und das freundliche Miteinander unter den etwa 3500 Teilnehmenden hat uns wieder einmal gezeigt, dass wir nur gemeinsam etwas erreichen können für und mit unserer „Kleinstadt mit Herz". Und dafür wollen wir uns als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen auch zukünftig gern mit Ihrer Unterstützung einsetzen. ■



(Abb. 5) Der Krieg in der Ukraine und die damit einhergehende veränderte Versorgungslage bei fossilen Energien haben – neben den notwendigen klimapolitischen Maßnahmen – zum „Heizungsgesetz" in der jetzigen Form geführt.

Das Heizungsgesetz – besser als sein Ruf

Falsche Fakten führten zu viel wütendem Protest

Laut Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz wird mehr als ein Drittel des gesamten Energiebedarfs in Deutschland zum Heizen unserer Gebäude und zur Versorgung mit Warmwasser verbraucht. Dabei sind fossile Energien in den rund 41 Millionen Haushalten derzeit die Hauptwärmequelle: Knapp jeder Zweite heizt mit Erdgas, ein Viertel der Haushalte mit Heizöl. Mit dem Gesetz für erneuerbares Heizen (GEG) leitet Deutschland die Energiewende ein, um den Klimaschutz zu stärken und die Abhängigkeit vom Import fossiler Energie zu verringern.

Obwohl das GEG aus den genannten Gründen unverzichtbar und eigentlich schon überfällig ist, hat in den letzten Jahren kaum ein Gesetz so viel wütenden Protest und Widerspruch ausgelöst wie das „Heizungsgesetz". Die Gründe hierfür sind vielfältig. So wurde u.a. ein sehr früher, nichtöffentlicher Entwurf des Gesetzes durchgestochen. Zusätzlich wurden von Teilen der politischen Opposition mit falschen Fakten gezielt Ängste geschürt. Umrüstungskosten im sechsstelligen Bereich standen plötzlich im Raum. Ebenso wurde das Gerücht kolportiert, sämtliche Wohngebäude müssten nun zwangsweise innerhalb kürzester Zeit auf den Betrieb mit Wärmepumpen umgestellt werden.

Das Heizungsgesetz tritt nun in seiner endgültigen Form zum 01.01.2024 in Kraft und wie so oft im Leben wird auch hier die Suppe bei weitem nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht wurde. Lediglich bei Neubauten in Neubaugebieten(!) muss ab 2024 eine Heizung eingebaut werden, die zu 65% (und nicht zu 100%) mit erneuerbaren Energien betrieben wird. Für Neubauten außerhalb von Neubaugebieten gibt es längere Übergangsfristen bis 2028. Bei Bestandsgebäuden mit funktionierenden Öl- und Gasheizungen gilt grundsätzlich, dass diese solange betrieben werden dürfen, wie sie noch reparierbar sind. Gleichzeitig wird der Umstieg auf eine Heizung, die mit 65% erneuerbaren Energien betrieben werden kann, mit verschiedenen Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten gefördert. Für Mieter besonders wichtig: Die monatliche Kaltmiete darf pro Quadratmeter um max. 50 Cent steigen. Irgendeinen Umrüstungszwang auf Wärmepumpen, wie monatelang behauptet, sieht das Gesetz übrigens nicht vor.

Die SPD-Wermelskirchen unterstützt das Gesetz für Erneuerbares Heizen nachdrücklich, weil es für den Klimaschutz und den Erhalt unserer Natur unverzichtbar ist. Wir sind uns aber auch im Klaren darüber, dass eine Heizungsumrüstung nach wie vor eine teure Angelegenheit ist. Im Unterschied zu großen, börsennotierten Wohnungsunternehmen fällt es vielen „Häuslebesitzern", die ihr Berufsleben lang hart arbeiten mussten, um ihr Haus im Grünen zu finanzieren, nicht leicht, die geforderte Heizungsumrüstung zu stemmen. Wir werden die Entwicklung vor Ort genau beobachten und ggf. Nachbesserungen hinsichtlich der Fristen und finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten fordern. ■

Balkonkraftwerke

Energie aus dem eigenen Zuhause

Am 19.10.2023 hatte der SPD-Ortsverein in die Gaststätte „Centrale“ eingeladen zu einem Vortrag über sogenannte Balkonkraftwerke. Als Referent konnten wir den Sprecher der IG Klima Kürten und Solar-Botschafter der Initiative „packsdrauf.de“ Patrick Walraf gewinnen. Bei sehr guter Stimmung und vollem Haus erklärte Herr Walraf, was ein Balkonkraftwerk ist.

Balkonkraftwerke sind dazu gedacht, den eigenen Strombedarf teilweise abzudecken und so den Stromverbrauch – und damit die Kosten – zu reduzieren. Die Menge der Einsparung hängt dabei von verschiedenen Faktoren ab, wie etwa der Größe und Leistung der Solarmodule oder der Sonneneinstrahlung in unserer Region.

Als Beispiel führte Herr Walraf den Verbrauch/Ertrag einer Familie aus Hessen an, die ihre Grundlast im Haushalt - Kühlschrank, Router, Heizungspumpe - zu 80% (entspricht ca. 450 Kilowattstunden) mit den installierten Solar-Modulen decken kann.



(Abb. 6) Gut besucht: Die SPD-Veranstaltung zu den „Balkonkraftwerken“

Man nennt es auch Stecker-Solar, Guerilla-PV oder Balkon-Solaranlage: Balkonkraftwerke sind in der Regel klein und kompakt. Sie haben eine begrenzte Kapazität und sind darauf ausgelegt, den Strombedarf eines einzelnen Haushalts beziehungsweise von Teilen davon zu decken. Die Leistung von Balkonkraftwerken ist typischerweise auf die maximal zulässige Einspeisung von derzeit 600 Kilowatt Peak (kWp) auselegt. Diese Grenze soll in 2024 auf 800 kWp hochgesetzt werden.

Wie der Name schon sagt, werden Balkonkraftwerke auf Balkonen, Terrassen oder in begrenzten städtischen Räumen installiert. Sie sind so konzipiert, dass sie in bewohnten städtischen Umgebungen funktionieren, in denen herkömmliche Solaranlagen möglicherweise nicht praktikabel sind.

Die Installationskosten für Balkonkraftwerke sind in der Regel deutlich niedriger als für herkömmliche Solaranlagen, da sie kleiner und leichter sind. Außerdem muss die Installation solcher Systeme nicht genehmigt, sondern nur angemeldet werden beim örtlichen Netzbetreiber. Die Anschaffungskosten liegen bei ca. 800,- €, die Module haben in der Regel eine Garantie von 20 Jahren. Anfälliger ist dagegen der Wechselrichter, der gegebenenfalls nach 10 Jahren ausgetauscht werden muss.

Die teils sehr fundierten technischen Nachfragen bei der anschließenden Diskussion machten deutlich, dass eine fachliche Einzelberatung vor Ort in speziellen Fällen durchaus sinnvoll sein kann.

Weitere Infos: www.klima-kuerten.de ■

Impressum

Ortsgespräch 12/2023

Herausgeber: SPD-Ortsverein Wermelskirchen
Michael Faubel (Vorsitzender), Pohlhauser Straße 23, Wermelskirchen
Mail: michael.faubel@spd-wermelskirchen.de
Telefon: 01 76 - 235 732 42

Auflage: 17.000 Stk., Druck: Druckerei Brocker, Kürten
Redaktion: Petra Weber
Fotos: blackbird-visuals.com (1, 3), M. Faubel (4, 6), istockphoto.com / Rallef (5), Gesamtschule WK (2)
Layout u. Satz: rottwinkel@profilwerk-er.de